

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Christbaumbezug für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. O., Berlin Straße 8-9.

Die achtzehnjährige Konparatörin oder deren Mann kostet 5,- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebühren 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gebühren in Wort-Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Zuschrift: Berlin 2030, 2045, 4516 4503, 4635, 4649, 4923.

Die Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Russische Friedensbereitschaft

Neue Friedensbedingungen

London, 24. August.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in Warschau meldet, daß die russischen Delegierten in Wien mit Rücksicht auf die Erfolge der Polen gemäßigtere Friedensbedingungen stellen.

Gegen die Neutralität Danzigs

Luzern, 23. August. (Reuter.)

Antifisches Communiqué. Lloyd George und Giolitti haben der französischen Regierung eine gemeinsame Aktion der Alliierten vorgeschlagen, die den Zweck hat, Polen die vollen aus dem Vertrage von Versailles sich ergebenden Rechte betreffend den freien Gebrauch und die unbeschränkte Benutzung des Hafens von Danzig und seiner Verbindungslinien zu sichern.

Polnische Siegesmeldungen

Königsberg, 24. August (Vogelbericht).

Der polnische Nordflügel drängt die zurückgehenden Reihen der vierten bolschewistischen Armee scharf in der Richtung auf Kolno nach. Das Zentrum hat nach Vernichtung starker Teile der bolschewistischen 15. Armee gestern Pomysha erreicht und befindet sich im Vormarsch vor Bialystok in nördlicher Richtung. In der Gegend von Brest-Bialystok und Cholm vergebliche Gegenangriffe der Bolschewisten.

Auch in Galizien haben die polnischen Truppen den Vormarsch ausgenommen und den Bug nördlich und östlich von Demberg überschritten. Der Hebertritt bolschewistischer Truppen über die deutsche Grenze hält an.

Kopenhagen, 24. August.

Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Oberbefehlshaber:

Rückzug: Unser erstes Heer hat endgültig die feindlichen Divisionen vernichtet, die den Rückzug der Bolschewisten deckten. Nach harten Kämpfen haben wir Prasnycz und Rawa besetzt und die letzten Rückzugslinien für die panikartig flüchtenden feindlichen Truppen abgeschnitten. Dadurch wurde das Gros der vierten Sowjetarmee und das ganze dritte russische Kavalleriekorps eingeschlossen. Die ungeheure Beute an Gefangenen und Material, die von Stunde zu Stunde wächst, kann noch nicht gezählt werden. Die Niederlage der bolschewistischen Nordarmee ist so entscheidend, daß z. B. allein unsere 18. Infanterie-Division am 21. August über 5000 Gefangene machte und 16 Geschütze, 135 Maschinengewehre und eine Menge Train erbeutete. Gleichzeitig gehen unsere Truppen von Pommern längs der deutschen Grenze vor. Sie haben Soldau besetzt und dadurch die Bolschewisten von Norden her abgesperrt.

Zentralfront: Unter der persönlichen Führung des Oberbefehlshabers Bilsudski setzen unsere Heere den Vormarsch gegen Norden fort. Die Linie Sambrow-Wazowina ist überschritten, ebenso der Rarow-Fluß östlich von Bialystok. Nordwestlich von Bjalostok ist unsere vierte Kavalleriebrigade auf eine Gruppe schwerer feindlicher Geschütze, die nach den Auslösen von Gefangenen dazu bestimmt waren, Warschau zu bombardieren. Sie erbeutete sämtliche 22 schweren Geschütze und 100 Wagen und machte fünfhundert Gefangene. Aus einem aufgefundenen Befehl des Befehlshabers der 21. bolschewistischen Division geht hervor, daß die Bolschewisten ihren Train in Brand stecken und die Pferde dazu benutzen, die Flucht der Infanterie zu beschleunigen.

Südfront: Die allgemeine Unsicherheit hat ihre Ursache in der großen Niederlage, sie macht sich auch auf der bolschewistischen Südfront geltend. Feindliche Abteilungen, die bisher in der Gegend von Lemberg operierten, befinden sich in voller Eile und werden von unseren Truppen scharf verfolgt. Wir nähern uns der Buglinie. Der Feind hat sich ebenfalls von Strz zurückgezogen.

M. London, 24. August.

„Daily Telegraph“ meldet aus Südrussland, daß die bolschewistischen Truppen auf der Linie Berdiank-Alexandrowka gegen den General Wrangel vorgehen. Es ist ihnen gelungen, diejenigen Truppen des Generals Wrangel, welche den Dnjepr überschritten haben, zum Rückzug zu zwingen.

Die „Iswestia“ zum polnischen Vormarsch

M. Moskau, 24. August.

Die „Iswestia“ schreibt: Der Vormarsch auf Warschau wurde von uns vorläufig aufgegeben. Die Linie Lwow-Kadlymin wurde geräumt, die nördliche Linie wird gehalten. Gleitschritte gehen die Minister Verhandlungen nur sehr langsam weiter. Dies alles beweist, daß wir unsere Kräfte und unsere Aufmerksamkeit nicht genügend gesammelt haben und daß wir unsere Tatkraft neuerdings anstrengen müssen, um den polnischen Adel zu schlagen. Dessen Vormarsch muß zum Stillstand gebracht werden, sonst gehen die Erzeugnisse unserer Kämpfe zugrunde. Wir müssen gleichzeitig daran arbeiten, denn unsere politische Lage zum Imperialismus der Entente hängt davon ab. Wir werden deshalb unsere Kräfte nicht schonen und neue Erfolge erringen. Noch wichtiger ist die südrußische Front, da durch den Vormarsch Wrangels unsere wirtschaftliche Lage, wenn auch nur zeitweilig, verschlechtert werden könnte.

Der Schutz der Ostgrenze

Antich wird mitgeteilt: Alle Maßnahmen zum Schutze der Grenze sind getroffen. Die östpreussische Reichswehr, die Sicherheitspolizei, aufgebotener Selbstschutz und freiwillige Helfer aus

der Bevölkerung sind eingesetzt, um die Massen der Hebergetretenen zu entwaffnen, zu internieren und zu bewachen, als Internierungslager dient bis zum Abtransport das Lager Arns. Besondere Zwischenfälle haben sich bis jetzt nicht ereignet. Die Zahl der übergetretenen Bolschewisten hat sich weiter erhöht, so daß bis jetzt im ganzen etwa 24000 die Grenze überschritten haben.

Französische Genugtuung

Paris, 24. August.

Die englische Botschaft hat dem Minister des Reichens den amtlichen Text der Mitteilung über die Zusammenkunft Lloyd Georges und Giolittis in Luzern bekannt gegeben. Daraufhin übergab der Minister des Reichens der englischen Botschaft folgende Note: Die französische Regierung dankt der englischen und der italienischen Regierung für die gemachte Mitteilung. Sie freut sich feststellen zu können, daß in den gepflogenen Unterhandlungen nichts enthalten ist, was nicht übereinstimmt mit den Prinzipien, die sie stets befolgt habe.

Bern, 24. August.

Wie die Schweizerische Depeschagentur erfährt, wurde das gestern in Luzern ausgegebene Communiqué auch nach Moskau gesandt.

An die deutsche Arbeiterschaft

Am 7. August haben die Arbeiterorganisationen die deutsche Arbeiterschaft aufgerufen, zur Sicherung freier Neutralität und zur Bekämpfung der Kontroversion alle Waffen- und Munitionstransporte zu kontrollieren. Diese Kontrolle muß nach wie vor aufs Strengste durchgeführt werden, umso mehr, als jetzt sogar aus Deutschland über Holland

Waffen und Munition nach Polen

zu transportieren versucht wird. Die Organisationen haben die unterzeichnete Kommission zur Erledigung der sich hieraus ergebenden Fragen eingesetzt.

Die von uns mit der Regierung über die Kontrolle der Transporte geführten Verhandlungen haben ergeben, daß volle Einmütigkeit in dem Willen besteht, alle neutralitätswidrigen und für ungesetzliche Zwecke (Ordnung, Einwohnerwehren usw.) bestimmten Transporte zu verhindern.

Auf Grund der vom Entwaffnungskommissar zu erlassenden Bestimmungen, werden die Arbeiterorganisationen schleunigst Kontrollinstanzen schaffen, die die Gewähr für den Transport nur zulässiger Sendungen bieten sollen.

Bis zu dieser Regelung sind alle verdächtigen Transporte anzuhalten.

Eine Ausnahme bilden nur alle auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Entente, die nachweislich für die Besatzungstruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind.

Können Zweifel an der Zulässigkeit des Transports durch die am Orte zuständigen Behörden nicht behoben werden, so hat die örtliche Kontrollkommission den Beschwerdefall der unterzeichneten Reichskommission zu Händen des Genossen Graßmann, Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin, Engelsufer 15, zu melden, die für schleunige Erledigung des Falles Sorge zu tragen hat.

Für den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund: Graßmann.

Für die S. P. D.: Krüger.

Für die U. S. P. D.: Rosenfeld.

Für den Deutschen Eisenbahnerverband: Brunner.

Für den Deutschen Transportarbeiterverband: Bender.

Für den Hauptbetriebsrat der Eisenbahn: Klison.

Die Ueberwachung der Transporte

Am gestrigen Dienstag fand nochmals eine Konferenz von Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes der U. S. P. D., S. P. D., des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Transportarbeiterverbandes und der Eisenbahnerbetriebsräte im Reichstag statt, in der Genosse Rosenfeld über die jetzigen Verhandlungen mit der Regierung referierte. Im Anschluß daran gab der Polizeipräsident Lübberting aus Königsberg die Erklärung ab, daß er über den Waffentransport nach Königsberg unrichtig informiert worden sei. Er selbst benötige weder der Geschütze noch der Handgranaten, vielmehr bedürfe er nur der Gewehrmunition und der Ausrüstungsgegenstände. Lübberting gab weiter die interessante Erklärung ab, daß er sofort mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Drogenschmuggler vorgehen und die Entwaffnung schon jetzt mit allen Mitteln durchziehen werde. Die Konferenz beschloß, sofort einen Ruf an alle Eisenbahner zu erlassen, in der zur Bekämpfung von betrügerischen Ueberwachungsanstalten aufgefordert wird.

Den Ruf bringen wir an anderer Stelle zum Ausdruck. Auch der Reichsausschuß (Zentralinstanz) soll seine Tätigkeit aufnehmen, um zwischen der Regierung und den Ortsausschüssen die Verhandlungen führen zu können.

Verblendung

Die europäische Krise ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Beschlüsse, die Lloyd George und Giolitti in Luzern angenommen haben, bedeuten eine glatte Kapitulation Englands und Italiens vor der Politik Millicers und Fochs, die gegenüber den mächtigsten Bestrebungen der englischen Diplomatie an der militärischen Unterstützung Polens gegen Rußland festhalten und alle Friedensbestrebungen sabotiert haben. Nun verleiht ihnen der militärische Erfolg der polnischen Armee gegen die zurückweichende rote Armee das Aureol des Siegers, und schon beeilen sich Lloyd George und Giolitti, ihnen ihre Reverenz zu erweisen und die militärische Aktion General Wengands, des französischen Führers der polnischen Armee, durch eine ultimative Note an Moskau zu unterstützen.

Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß die Begründung dieses Schrittes Lloyd Georges und Giolittis an den Haaren herbeigezogen sei, denn in den russischen Friedensbedingungen, wie sie vom Leiter der Friedensdelegation, Danielschewski, als Grundlage für die Verhandlungen formuliert worden sind, ist nichts enthalten, was den Feind gegen die Sowjetregierung erhobenen Vorwurf der Vordringlichkeit und Hinterhältigkeit begründen könnte. Und es widerspricht den Tatsachen, wenn nun behauptet wird, die russischen Forderungen bedeuten ein Attentat auf die nationale Unabhängigkeit Polens. Diese Entdeckung ist erst gemacht worden, nachdem die polnischen Truppen die Sowjetarmeen von Warschau abgedrängt und vorläufig in die Defensive verlegt haben. Bisher mußte selbst die englische und französische Presse anerkennen, daß die Erklärungen Kamenews, die im wesentlichen Teil mit dem Programm der Friedensdelegation in Wien übereinstimmen, für die Polen recht günstig seien, und auch Lloyd George sah sich noch vor kurzem veranlaßt, im Gegenlatz zu Millerand, den Polen die Annahme des russischen Friedensvorschlages zu empfehlen.

Nun ist mit einem Schlage alles anders geworden, und an die Stelle realpolitischer Erwägungen, die auf den Abschluß des Friedens hindrängten, sind jetzt moralische Selbstereien getreten, deren Aufgabe es ist, die plötzliche Schwendung der englischen Politik zu verhüllen und eine gemeinsame diplomatische und militärische Rückenstärkung Polens vorzubereiten. Diese Haltung Lloyd Georges ist umso verwerflicher, als sie in kräftigem Widerspruch steht mit seinen Beteuerungen, er strebe lediglich die Herstellung eines gerechten Friedens im Osten an. Wie die Dinge sich jetzt gestaltet haben, liegt das Friedenshindernis nicht bei Rußland, sondern bei Polen. Während die Russen nach wie vor an ihren wiederholt proklamierten Grundsätzen der Unabhängigkeit und Souveränität Polens festhalten und bereit sind, über die Modalitäten der militärischen Sicherung ihrer Grenzen zu verhandeln, proklamieren die Polen bereits ihre alten Eroberungsziele und geben sich, von ihren Erfolgen berauscht, ihrem alten Größenwahn hin. Die Aktion Lloyd Georges und Giolittis bedeutet deshalb keine Förderung des Friedens, sie ist vielmehr geeignet, die wertlosen militärischen Pläne der Polen und ihrer französischen Berater zu unterstützen, und dies um so mehr, als gleichzeitig von Lloyd George und Giolitti eine gemeinsame Aktion der Verbündeten vorgeschlagen wird, um Polen die unbeschränkte Benutzung des Danziger Hafens und seiner Verbindungslinien zu sichern.

Unter den Ursachen, die die plötzliche Schwendung der englischen Politik hervorgerufen haben, verdient neben dem Bestreben, die in den letzten Wochen eingetretene englisch-französische Spannung aus der Welt zu schaffen, auch die Entwicklung der Operationen in Südrussland besondere Erwähnung. Nach den neuesten Meldungen hat hier General Wrangel nach Westen zu den Dnjepr und nach Osten zu den Don überschritten und die Eisenbahnverbindung Rußlands mit dem westlichen Kaukasus unterbunden. Gelangt es ihm, die Wolga zu erreichen, und die große direkte Verbindung von Moskau nach dem Kaukasus und Persien in die Hand zu bekommen, so schneidet er Sowjetrußland von den Kaphtaquellen in Baku ab und unterbindet den direkten Verkehr zwischen Sowjetrußland und den vorderasiatischen Ländern. Diese Tatsache würde nicht nur eine außerordentliche wirtschaftliche und politische Schädigung Sowjetrußland bedeuten, sie würde auch gleichzeitig England von einem Teil seiner orientalischen Sorgen befreien, — ein Umstand, der zweifellos die jetzige Haltung Lloyd Georges mitbeeinflusst hat, dessen vermittelnde Haltung in den letzten Wochen zu einem nicht geringen Grade die aktive Orientpolitik der Sowjetregierung hervorgerufen war.

So zeigt die plötzliche Wenderung in der Haltung der europäischen Regierungen das typische Bild jener Chamäleonspolitik, die ihre Farbe je nach der strategischen Lage ändert und ihre „Grundsätze“ dem erstbesten siegreichen General opfert. Wie maßvoll und vernünftig war man auf einmal in London geworden, als die polnischen Armeen geschlagen und die roten Armeen in südrussischen Vordringen waren. Und wie „prinzipienfest“ ist man plötzlich geworden, nachdem General Wrangel und General Wrangel als neue Sterne am Himmel der Ententepolitik aufgetaucht sind.

Diese Politik der Vergötterung des Militarismus ist nicht nur typisch für die kapitalistischen Regierungen überhaupt,

... Sie ist auch unfähig kurzfristig zu verbünden. Sie rechnet einmal nicht mit den Erfahrungen der bisherigen militärischen Operationen gegen Sowjetrußland, die allesamt zusammenbrachen, weil die breiten Massen des russischen Volkes sich sowohl gegen die fremden „Besitzer“ wie gegen die mit fremden Golde gespeisten konterrevolutionären Generale erhoben. Sie rechnet andererseits nicht mit der neuen aktiven Kraft, die in die europäische Politik eingetreten ist und die sich ansieht, der verbrecherischen Kriegspolitik der bürgerlichen Regierungen die selbständige revolutionäre Friedenspolitik des internationalen Proletariats entgegenzusetzen. Uns magts recht sein, wenn die bürgerlichen Staatenlenker an ihrer Verblendung festhalten. Denn letzten Endes fördern sie durch ihre Katastrophenpolitik den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und beschleunigen so den Zusammenstoß jener Kräfte, die sich, durchdrungen von einheitlichem Willen, gegen ihre Unterdrücker erheben und mit der kapitalistischen Knechtschaft auch den Furch der ständig drohenden Kriegsgefahr aus der Welt schaffen.

Der Boykott gegen Polen

Der „Vorwärts“, der den meisten Gewerkschaften der Internationalen politisch eigentlich näher steht, als wir, hält es für zweckmäßig, dem Aufruf der Gewerkschafts-Internationale, den wir gestern veröffentlichten, einige abmildernde Bemerkungen hinzuzufügen. Das Blatt meint, Wesen und Zweck des Aufrufs entspreche zwar ganz der Politik der Rechtssozialisten (was einiges Nachdenken veranlassen wird, aber für diesmal hingehen mag), aber die Redigierung des Aufrufs sei einseitig vom Standpunkt der Arbeiterklassen der Westmächte erfolgt. Es werde gefordert, daß nicht ein Zug verteidigt, nicht ein Soldat befördert werden dürfe. Deutschland sei aber durch den Friedensvertrag verpflichtet, gewisse Transporte auf seinen Schienenwegen zu befördern, die für die Ententecontingente bestimmt sind. Nach diesen Darlegungen schreibt das Blatt:

„Wie in allen internationalen Aktionen der Gegenwart, so ist also auch hier das deutsche Proletariat durch den Ausgang des Krieges und durch den Versailles Frieden leider zu einer verhältnismäßig passiven Rolle verurteilt, im Vergleich zu den Aktionsmöglichkeiten, die sich dem französischen, dem englischen und dem italienischen Proletariat bieten.“

Dagegen müssen wir uns wenden. Das deutsche Proletariat wird trotz der Entente-Transporte eine aktive Rolle in dem Ringen gegen den Krieg und gegen die Erdrosselung Sowjetrußlands spielen. Die Abfügungstransporte der Entente, die wir nicht verhindern können, sollen uns nur ein Anlaß sein, unsere Aufgabe um so ernster zu nehmen, weil sie allerdings dadurch erschwert wird. Aber diese widrigen Umstände dürfen kein Grund sein, die Aktivität der deutschen Arbeiterschaft durch solche Bemerkungen einzuschläfern. Im übrigen ist den unumgänglichen Notwendigkeiten, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben, hinreichend Rechnung getragen durch die auch von unserer Partei anerkannten Richtlinien der Spihenoorganisationen. Sie bleiben für die praktische Durchführung des Boykotts gegen Polen selbstverständlich maßgebend.

Appell an das französische Proletariat

In der am Montag stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der U. S. F. von Groß-Frankfurt wurde nach eingehender Aussprache über die politische Lage folgende Resolution angenommen:

„Die Vertrauensleute der Unabhängigen Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. verfolgen mit innerer Beforgnis die Anstrengungen des französischen Imperialismus und Militarismus, der abenteurerlichen polnischen Angriffspolitik hellend zur Seite zu stehen, deren Hauptziel offen gegen die junge proletarische Sowjetrepublik wendet. Der europäische Kapitalismus will keine eigene Konkurrenz in neue Ströme von Proletarierblut tauchen. Die überwundene Gefahr des wilhelminischen Militarismus und sein Geist scheinen sich, einer ansehenden Krankheit gleich, auf die, welche die Menschheit davon befreien wollten, zu übertragen.“

In dem gegenwärtigen Stadium der Leidensgeschichte der europäischen Völker ist dem französischen Proletariat eine hohe Mission zugefallen. Mit besonderem Interesse verfolgt das Proletariat in Frankfurt a. M. die bedeutungsvollen Abwehrmaßnahmen des französischen Proletariats gegen die von Paris ausgehenden großen Gefahren. Mögen die Aktionen der Sozialisten Frankreichs gegen einen neuen Krieg von vollem Erfolge gekrönt sein.

Das revolutionäre sozialistische Proletariat in Frankfurt a. M. leidet brüderliche Grüße und den tief empfundenen Ausdruck völliger Sympathie.“

Der Fremdkörper im Volke

Die Zustände bei der Marine

Die „Kieler Zeitung“ gibt Auszüge aus einer Denkschrift des Reichswehrministers zur gegenwärtigen Lage in der Marine wieder, die sich gegen die von den Marinebehörden geplante Verlegung der Marine aus Kiel wendet und der wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen:

„Es herrschen gegenwärtig wieder gespannte Verhältnisse innerhalb der Marine. Daß das Offizierskorps es leider an dem nötigen Ernst und Willen hat fehlen lassen, ein offenes und ehrliches Vertrauensverhältnis zwischen Offizier und Mann und zwischen Truppe und Bevölkerung zu erstreben, muß unbeschönigt festgestellt werden. Die Politik der Marinebehörden, namentlich der Diszessionsaktionen, in der Angelegenheit der Verlegung von Marineformationen aus Kiel hat größtes Mißtrauen der Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, diesen Behörden gegenüber hervorgerufen. Es muß doch auch Befremden erregen, wenn von den Marinekommandos bewußt unwahre Mitteilungen in einer für die Stadt Kiel eminent wichtigen Angelegenheit gemacht werden. Doch nicht nur das, was die Stadt Kiel anbelangt, gibt die geplante Fortverlegung der Marineformationen zu schweren Bedenken Anlaß. Auch die Gefinnung der Truppen selber dürfte in Bezug auf die Disziplin ungünstig durch diesen Akt beeinflusst werden. Ebenso wird die Stimmung, die Freude am Dienst erschüttert, denn die Soldaten — was die Unteroffiziere anbetrifft, meistens verheiratet — wollen nach den langen Kriegsjahren endlich einmal ein beständigeres Dasein führen und in der freien Zeit bei ihrer Familie sein. Zu Bedenken geben aber vor allem Anlaß die politischen Motive, die die eigentlichen Ursachen zu der geplanten Herausziehung der Marine aus Kiel sind. Wenn man in den Kreisen der militärischen Führung der Ansicht ist, daß, wie früher, die Wehrmacht vom übrigen Volke peinlich einen Abstand halten muß, dann hat man dort noch immer nicht die Gegenwart verstanden. Wenn die militärischen Führer eine Verhinderung der Truppen mit der Arbeiterschaft fürchten, dann ist das ein Beweis dafür, daß die Wehrmacht immer noch das ist, was sie nicht sein sollte: ein Fremdkörper im Volke, und daß sie nicht ist, aber sein sollte, nämlich: eine von Vertrauen der weitesten Volksschichten getragene vollstündliche Institution zur Verteidigung der Landesinteressen.“

Nach dem Rapp-Putsch hatten die Mannschaften in Gemeinschaft mit den Dekoffizierten die Verwaltung der Marine übernommen, und es hatte sich gezeigt, daß auch ohne Offiziere alles Notwendige geschah. Die reaktionären Elemente ruhten jedoch nicht, bis die früheren Verhältnisse wieder hergestellt waren. Jetzt zeigt es sich, wohin es der Reichswehrminister mit seiner Nachgiebigkeit gebracht hat; das Offizierskorps ist wieder oben auf. Der Rappgeist herrscht wieder bei der Marine, aus politischen Motiven, um die

Mannschaften vor der Berührung mit der Arbeiterschaft zu bewahren, sollen die maritimen Einrichtungen von Kiel verlegt werden.

Darin hat der Reichswehrminister recht: die „Wehrmacht“ ist „ein Fremdkörper im Volke“. Herr Gehler sollte also die Konsequenz aus dieser Erkenntnis ziehen und mit der Arbeiterschaft die Beseitigung dieses Fremdkörpers durchsetzen. Aber es hieße Feigen vom Dornbusch ernten wollen, von einem Minister der Bourgeoisie zu erwarten, daß er mehr als einige besonders häßliche Auswüchse der „Wehrmacht“ beseitigen werde!

Das Reichskabinet und die Orgesch

Das Reichskabinet hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Behandlung der Organisation Echerich befaßt. Ueber seine Stellungnahme wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung war einmütig der Ansicht, daß dieser Organisation keine Ausnahmebehandlung zu gewähren sei, und daß der Reichskommissar für die Entwaffnung die Angehörigen dieser Organisation bei Durchführung der Entwaffnung schon mit Rücksicht auf den Friedensvertrag und die Abmachungen von Spaanicht anders zu behandeln habe als andere Staatsbürger. Zu dem Verbot der Organisation Echerich durch die preussische Regierung Stellung zu nehmen, lag bei dem föderalistischen Charakter des Reiches für die Reichsregierung kein Anlaß vor, da die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in den Händen der Länder liegt, und es den Beteiligten freistehet, über die Rechtmäßigkeit des Verbots eine gerichtliche oder verwaltungsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

Diese Stellungnahme der Reichsregierung ist nur selbstverständlich und es ist nur dringend zu verlangen, daß der Reichskommissar für die Entwaffnung auch mit der nötigen Energie gegen die Orgesch vorgeht. Daß die Reichsregierung es den Einzelstaaten überläßt, sich mit dem Befehlen und der Tätigkeit der Orgesch zu beschäftigen, ist ein Zeichen von Schwäche und Unentschlossenheit.

Das Treiben der Orgesch steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Spaan-Abkommens, dessen Erfüllung angeblich durch das Entwaffnungsgesetz sichergestellt werden soll. Es ist deshalb keine Sache der Einzelstaaten, sondern die des Reiches, gegen die Orgesch vorzugehen. Immerhin schiebt die Entscheidung des Reichskabinetts doch denjenigen einen Kiesel vor, die ein Eingreifen der Reichsbehörden gegen die einzelstaatlichen Verbote der Orgesch verlangten.

Der Reichspräsident hat einen Aufruf erlassen, indem er auf die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Entwaffnung hinweist. Alle Volksgenossen werden aufgefordert, die Waffen herauszugeben, um das Land nicht aufs neue infolge Nichterfüllung des Friedensvertrages in schwere Gefahren zu stürzen. In dem Aufruf wird weiter betont, daß Deutschland durch die Tat den letzten Willen zur Erfüllung der übernommenen Pflichten beweisen müsse.

Die Sozialisierung der Kohlen-gewinnung

Beschlüsse des U. S. F.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner 6. Sitzung am 17. und 18. August u. a. mit der Kohlenkrise. Der Ausschuss kam nach eintägiger Aussprache über diese Angelegenheit zu folgendem Beschluß:

„Der Bundesausschuss bringt zum Ausdruck, daß die Hebung der Kohlenförderung nicht durch eine dauernde Ueberarbeit der Bergarbeiter erzielt werden kann. Wenn trotzdem vorübergehend zu solchen Ausschüttungsmitteln gegriffen wird, so kann dies nur für zulässig erklärt werden, wenn sofort versucht wird, durch andere Vorkehrungen die Kohlenförderung auf die unbedingt notwendige Höhe zu bringen. Der Bundesausschuss fordert deshalb von der Regierung, daß

- a) die Sozialisierung der Kohlegewinnung und -verteilung in Angriff genommen und spätestens im Oktober 1920 dem Reichstag ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt wird,
- b) die vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bestehenden Rechte der Betriebsräte nicht geschmälert, sondern erweitert werden. Diese Erweiterung der Rechte muß sich besonders auf die Kontrolle der Produktion, des Absatzes, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung im allgemeinen wie für die Nebenbetriebe und Hüttenanlagen erstrecken,
- c) die Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln dauernd und ausreichend sichergestellt wird,
- d) die technischen Vorbereitungen zur Einführung der Sechsstundenschieft für die unterirdischen Steinkohlenbergarbeiter auf internationaler Grundlage baldigst erfüllt werden. Bis dahin ist den Bergarbeitern die jetzt tariflich vereinbarte Schichtzeit zu sichern. Etwas darüber hinausgehende notwendige Arbeit ist als Ueberstunde oder Ueberstunde zu bewerten und zu bezahlen.“

Der Beschluß ist 181stimmig. Aber was gedenkt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zu tun, wenn die Regierung nicht bis spätestens Oktober einen Gesetzesentwurf über die Sozialisierung vorlegt? Im übrigen wird hier nur etwas gefordert, was die Regierung bereits versprochen hat. Die Frage ist jetzt, wie wird die Sozialisierung aussehen, die da in Marsch gesetzt werden soll? — Was wird der Bund tun, wenn die Sozialisierung keine ist?

Die Kohlenproduktion im 1. Halbjahr 1920

Im Reichsanzeiger veröffentlicht das Statistische Reichsamt eine Nachweisung über die Kohlenproduktion des Reiches in den Monaten Januar bis Juni 1920. Es lieferten in dieser Zeit an Steinkohlen die Gruben im ganzen Reich mit Ausnahme des Saarreviers und der Pfalz 61 889 897 Tonnen, an Braunkohlen 52 204 380 Tonnen. Rofs wurden in demselben Gebiet und in derselben Zeit 11 633 824, Steinkohlenbriketts 2 230 002, Braunkohlenbriketts 11 281 296 Tonnen fabriziert. Gegen das vorige Jahr wurde die Produktion erheblich erhöht. 1919 hatte sie einschli. des Saarreviers und der Pfalz betragen: Steinkohlen 53,57, Braunkohlen 43,54, Rofs 9,94, Steinkohlenbriketts 1,8 und Braunkohlenbriketts 9,02 Millionen Tonnen.

Von der Steinkohlenförderung lieferte im ersten Halbjahr 1920 der Bezirk Dortmund allein 39,5 und Oberschlesien 15,36 Millionen Tonnen. Hauptbraunkohlengebiete sind: Bezirk Halle mit 25,68 und Bezirk Bonn mit 14,17 Millionen Tonnen Förderung. Die Rofsproduktion betrug im Bezirk Dortmund 9,13 und in Oberschlesien 1,19 Millionen Tonnen, die Steinkohlenbrikett-Herstellung im Bezirk Dortmund 1,61 Millionen Tonnen und die Braunkohlenbrikett-Fabrikation im Bezirk Halle 5,51 und im Bonner Bezirk 3,07 Millionen Tonnen.

Die russische Gegenrevolution. Vor dem Moskauer Revolutionstribunal begann die Verhandlung in der Angelegenheit des russischen Zentrums der gegenrevolutionären Organisation, deren Ziel der Sturz der Räte-macht, die Einführung einer Diktatur der Generale in Rußland und die Wiederherstellung des Kapitalismus und der vorrevolutionären Zustände war. Auf der Anklagebank befanden sich Mitglieder des Bundes der Großgrundbesitzer, Kaufleute und Industrielle, Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die früher zu den Blüthen der russischen Intelligenz gehörten. Unter ihnen befinden sich bekannte Namen: Lagagin, Trubetsoj, Keltchikow, Koshchowa, Kojanow, Kotscharewskij, Protodopow, Serdjewna, Alexandrowa, Zwona, Tolstoj, Urasow, Chruschtschow, Sejstew, Marosow und andere. Am ersten Tage der Verhandlung wurden die Anklageakten vorgelesen.

Noch keine Ruhe in Oberschlesien

21. Berlin, 24. August

Die „Telegraphen-Union“ verbreitet von amtlicher Stelle folgenden Situationsbericht über die augenblickliche Lage in Oberschlesien:

Die Zustände in Oberschlesien haben sich keineswegs gebessert. Die Kreise Zarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß sowie der größte Teil des Kreises Rybnitz befinden sich in den Händen der Russen. Lediglich einige größere Städte sind als deutsche Enklaven anzusehen. Die Interalliierte Kommission in Opatowitz äußerte sich zwar der deutschen Regierung gegenüber dahin, daß sie gegenüber der polnischen Bewegung eine ablehnende Haltung einnehme. Tatsächlich aber ist bis zur Stunde noch keine entscheidende Aktion eingeleitet. Die Durchführung der Entwaffnung der polnischen Banden ist durch das Verhalten der französischen Truppen problematisch geworden, insofern diese sich vielfach mit den polnischen Insurgenten verbrüderten. Nur die italienischen Truppen halten die Ordnung zur Zufriedenheit aufrecht. Irigendwelche energische Maßnahmen gegen die polnischen Bandenführer, welche mit der Waffe in der Hand getroffen wurden, sind bisher seitens der Interalliierten Kommission nicht durchgeführt worden, so daß sich die Erregung innerhalb der ober-schlesischen Bevölkerung fühlbar steigert. Gegenüber diesen Zuständen kann die deutsche Reichsregierung nicht umhin, die Verantwortung der Interalliierten Kommission zu überlassen, welche durch ihr inaktives Verhalten zu den größten Bedenken Veranlassung gibt.

Drohung mit dem Generalkrieg

Beuthen, 24. August

Die deutschnationale Volkspartei, die katholische Volkspartei (Zentrum), die demokratische Partei, die sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaften), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenvereine (Afa), der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften), der Gesamtverband Deutscher Angestellter-Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten, erlassen folgenden Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung:

„Unsere ober-schlesische Heimat ist in tiefster Not. Deutsche und Polen stehen gegeneinander. Bruderblut ist geflossen. Die Schmach der Verbrechen gehört vor die Gerichte. Wir wollen den Frieden. Die interalliierte Kommission hat uns zugesichert, Ruhe, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Wir haben am 21. August gefordert und der General Gratier hat uns zugesichert: 1. Die sofortige Entwaffnung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Rationierung. 2. Die Aufhebung des Belagerungszustandes, soweit es die Verhältnisse gestatten. 3. Die Hinzuziehung deutscher und polnischer unbewaffneter Arbeiter zur Wiederherstellung des Friedens. 4. Die Verhütung von Gewalttaten aller Art. Die Bewaffnung polnischer Banden schreitet dennoch fort. Sie haben die Gewalt an sich gerissen und mißbrauchen sie, dem muß ein Ende gemacht werden. Die geschmacklose Gewalt muß sofort wiederhergestellt werden. Sie wird heute der interalliierten Kommission unterbreitet. Wird sie nicht erfüllt, dann sind wir entschlossen, den Frieden zu erzwingen durch den Generalkrieg. Haltet Euch bereit und wartet auf den Ruf der Führer, es geht um unsere Heimat.“

Protest der Bergarbeiter

Nach einer Volk-Meibung aus Kattowitz protestiert der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mit allem Nachdruck gegen die Verewaltung der ober-schlesischen Bevölkerung durch zum Teil landfremde polnische bewaffnete Bands und ersucht die Interalliierte Kommission, die deutsche Regierung und die ober-schlesischen Behörden, ungefümt für ausreichenden Schutz zu sorgen. Angesichts der polnischen Auslandsbewegung sei das vereinbarte Uebereichtern abkommen zur Zeit nicht durchzuführen. Eine Konferenz der Bergarbeiter beauftragte die Bezirksleitung, nach Wiederherstellung der Ruhe erneut zur Ueberstundefrage Stellung zu nehmen, und forderte die ungefümte Durchführung der Entwaffnung der polnischen Ausführer, andernfalls zur Selbsthilfe gegriffen werden müsse.

Der Segen der freien Wirtschaft

Aus Baden wird uns geschrieben:

Die bürgerliche Presse verbindet freudestahlend, daß in Baden die Zwangswirtschaft aufgehoben sei. Der fette Spielbürger ließ neidvoll, daß in Baden alle Lebensmittel zu haben seien. Des stimmt. Aber die Folgen der freien Wirtschaft sind andere, als sie sich seine Befürworter gedacht haben. An die Stelle der Zwangswirtschaft in Baden ist nicht der freie Handel, sondern die Wucherfreiheit getreten! Besonders bei der Fleischversorgung macht sich die Aufhebung der Rationierung katastrophal bemerkbar.

Die Schlächterläden sind mit Fleischwaren überfüllt. Die Preise sind aber unerhörlich gestiegen. Die arbeitende Bevölkerung, die auf Grund der Fleischkarte bisher regelmäßig die kleine Wochenration Fleisch erhalten konnte, muß sich jetzt des Fleischgenusses enthalten, während die bestehenden Schichten ganz ungeniert in den Läden ihren großen Bedarf decken können. Es spielt sich jetzt das selbe ab, wie bei der Freigabe der Eier, es kommt zwar Ware zum Vorschein, aber zu Preisen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Erwerb unmöglich machen.

Eine weitere üble Folge, die von den Gegnern der freien Wirtschaft im Fleisbergewerbe vorhergesehen wurde, ist eingetreten: Eine wilde Schlachtvieh macht sich bemerkbar. Die Aufkäufer ziehen auf das Land hinaus und bieten die höchsten Preise. Um die festgesetzten Höchstpreise kümmern sich weder Erzeuger noch Aufkäufer. Teilweise sind die Konumenten zur Selbsthilfe gezwungen, indem sie das Vieh, das von den Aufkäufern verladen werden sollte, an den Verladerrampen anheilt, schlachtet und das Fleisch zu normalen Preisen zur Verteilung brachte. Bei einer solchen Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Händler im Stalle für das Pflanz Vieh 6,40 M. und höher bezahlten, während der amtliche Preis nur 4,20 M. beträgt. Wenn der Händler ab Stall für ein Fund Lebendgewicht einen derartigen Preis anlegt, so kann man sich ein Bild von dem Preise des Bundes Fleisch im Baden machen, nachdem das Vieh und das Fleisch obendrein noch durch eine Anzahl von Händen gegangen ist, die alle verdienen wollen.

Die Händler können diese hohen Preise getrost bieten, denn sie verschlehen das Vieh und das Fleisch in die Bezirke mit zahlungs-träger Bevölkerung, d. h. in die norddeutschen Großstädte oder gar in das Ausland. Der Viehschlamm nach der Schweiz, ins Elak und in das besetzte Gebiet blüht. Durch die forzierten Abschlächtungen, die grassierende Maul- und Klauenseuche und die Vieh- und Fleischausfuhr ist der Viehbestand Badens auf das schwerste bedroht. Die Wirtungen machen sich heute schon bemerkbar, indem die Milchproduktion nachläßt. In Karlsruhe bleibt jetzt, nachdem die Fleischrationierung erst kurze Zeit aufgehoben ist, die Milchlieferung um täglich 300—400 Liter gegen das frühere Quantum zurück. Wenn schon jetzt im Sommer, wo das Vieh noch auf der Weide steht, die Milchproduktion durch die Massenschlachten beeinträchtigt wird, müssen die Milchverhältnisse im Winter unerträglich werden.

Erhebung des Fleisches zum unerwünschten Luxusartikel für die breiten Massen der Bevölkerung Fleischmuggel und -export. Rückgang des Viehbestandes und der Milchproduktion; das sind also die Folgen der vielgerühmten freien Lebensmittelwirtschaft. Das Proletariat ist der Hauptleidende dabei. Wie immer, wird seine Gesundheit dem Profitbedürfnis der agrarischen Produzenten geopfert.

Der Bericht über die dritte Internationale

In einer Sitzung des Zentralkomitees, die gestern nach der Rückkehr unserer Delegation aus Moskau stattfand, wurde einem schon früher ausgesprochenen Wunsch der Reichstagsfraktion gemäß beschlossen, daß unsere Delegierten in einer Konferenz, die für Mittwoch, den 1. September, nach Berlin einberufen wird, einen ausführlichen Bericht erstatten sollen. An dieser Konferenz werden die Reichstagsfraktion, der Beirat, die Kontrollkommission, Vertreter der Bezirke und der Redaktionen teilnehmen, um so einen möglichst großen Kreis von Vertrauensmännern Gelegenheit zu geben, die Berichte entgegenzunehmen und durch etwaige Fragen für notwendige Ergänzungen zu sorgen. Das Protokoll dieser Sitzung wird dann sofort durch die Presse der ganzen Partei zugänglich gemacht werden. Die Konferenz hat natürlich rein informativen Charakter und kann keine Beschlüsse fassen. Es wird Sache der Parteiorganisationen sein, zu dem Bericht der Delegation Stellung zu nehmen. Die Entscheidung wird dann der Parteitag fällen.

Jetzt wird sofort das wichtigste Material, das den Genossen für die selbständige Urteilsbildung nötig ist, veröffentlicht werden. Und zwar:

1. Die Bedingungen über die Aufnahme in die 3. Internationale.
 2. Das Statut der Kommunistischen Internationale.
 3. Die Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution.
 4. Gewerkschaftsbewegung, Betriebsräte und 3. Internationale.
 5. Der Parlamentarismus und die kommunistischen Parteien.
 6. Nationalitätenfrage und Kolonialfrage.
 7. Die kommunistische Partei und die Agrarfrage.
- Wir veröffentlichen im Nachstehenden die vom Kongreß angenommenen Aufnahmebedingungen.
- ### Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die 3. Internationale aufgestellt. Bis zum Augenblick der Einberufung des 1. Kongresses existierten in den meisten Ländern bloß kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Umständen tritt der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zur Zeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur 2. Internationale gehörten, die jetzt in die 3. Internationale eintreten wollen, die aber nicht in der Tat kommunistisch geworden sind. Die 2. Internationale ist endgültig zerfallen. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums“, die die völlige Autonomie der 2. Internationale einsehen, versuchen sich an die immer fröhlicher werdende kommunistische Internationale anzuschließen. Sie hoffen jedoch dabei eine solche „Autonomie“ zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder zentrumspolitische durchzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des „Zentrums“, in die 3. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der Massenbewegten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Der kommunistischen Internationale droht die Gefahr, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente verwässert zu werden, welche die Ideologie der 2. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben.

Außerdem verbleibt in einigen großen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u. a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, bis zum heutigen Tage ein bedeutender reformistischer und sozial-pazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, wieder das Haupt zu erheben, mit der aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der 2. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Kätechumenen vergessen. Die Verwässerung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten „linken“ Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Infolgedessen erachtet es der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzusetzen und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen sind, auf die auf ihnen liegenden Pflichten hinzuweisen.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt: Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale sind:

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und dem Beschluß der 3. Internationale entsprechen. Alle Propaganda der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats beweisen haben. Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

Die periodische und unperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen, und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der 3. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentarier, Genossenschaften, Kommuneverwaltungen) die reformistischen und zentrumsfeindlichen entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu halten, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Umständen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, aber zu einem parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und von Ausnahmegerichten nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombination der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegeetze unterbunden wird, ist sie illegal anzuführen. Der Bericht auf eine solche Arbeit würde einen Verstoß an der revolutionären Pflicht gleich und mit der Zugehörigkeit zur 3. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu liegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und die Neutralität eines Teils der übrigen Dorfbewohner durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Bericht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verstoß auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unausrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegszustände, keinerlei „demokratische“ Erneuerung des Völkerbundes instand sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhindern.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrums“ anzuerkennen, und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Zeit. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hilquit, Longuet, Macdonald, Rodigiani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die 3. Internationale in hohem Maße der umgekommenen 2. Internationale ähnlich sein würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kräfte ihrer Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften um für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet in ihrer täglichen Arbeit überall den Beirat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die „Umherdamer Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Umherdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die einschneidende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der 3. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied gefordert wird, er möge seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verhärteten Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann instand sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistischer Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die Kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenen Kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Bestand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unabweisende Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepublik; ferner müßte sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Falle der Nichtbestätigung des Programms der einen oder der anderen Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien verbindend. Die in Verhältnissen des schärften Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralistischer aufgebaut werden, als das in der 2. Internationale der Fall war. Dabei müssen selbstverständlich die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit, den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Verfassung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Inter-

nationale angehören will, hat den Namen zu tragen: Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formale, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß einem jeden einfachen Mitglied der Unterseite der kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen“ und „sozialistischen“ Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar sind.

18. Alle führenden Organe der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzuzeichnen.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens nach 4 Monaten seit dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentren dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die 3. Internationale eintreten möchten, aber ihre bisherige Politik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die 3. Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als 1/3 der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale ausdrücklich für den Eintritt der Partei in die 3. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Bestätigung der Exekutive der 3. Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteimitglieder, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Zeitfolge grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag.

Die Verhältnisse im Polnischen Korridor

Militarismus — Schwierige wirtschaftliche Lage — Deutsch-nationalistische Strömungen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Den langen Aufenthalt in Reuscha, polnisch Wejherowo, der beim Bahnhöfen vorging, benutze ich, um die polnische Bahnhofswoche ein wenig auszufragen. Man ist hier weit vom Schuß, noch recht zuverlässig, und ein Soldat erklärte mir, die Minister Verhandlungen seien „ja doch nur Sport“ und Polen werde, unterstützt von seinen Freunden, weiterkämpfen, bis es die „hohlewichtigen Herren“ besiegt hätte.

Ich sprach dann einen alten Königsberger Bekannten, dessen Mitteilungen wesentlich anders lauteten. Allerdings muß gesagt werden, daß die Schauergeheimnisse von den polnischen Bahnhöfen übertrieben sind, und es ist notwendig, diesen Ueberreibungen entgegenzutreten, die nur dazu geeignet sind, den Verlehr vom Reiche nach Ostpreußen zu erschweren. Es ist sicher eine Unannehmlichkeit, und noch dazu eine ganz ungerechtfertigte, daß man überhaupt ein Bismarck braucht und es obenbein bezahlen muß. Aber im allgemeinen gehen die Polen, soweit wenigstens die Zivilbehörden in Frage kommen, korrekt und höflich vor und von einer behördlichen Schikane ist keine Rede. Die nicht zu leugnenden Ausschreitungen rühren von militärischer Seite her, die überhaupt die Zivilbehörden häufig in den Hinterrund drängt. Der herrschende Militarismus ist es auch gewesen, der alle Arbeiterorganisationen im Korridor unterdrückt hat und stellenweise sogar gegen die P. P. S. vorgeht. Die unorganisierte Arbeiterschaft hat infolgedessen auch nicht die Möglichkeit, ihre Forderungen durchzudrücken, was bei der auch hier vorhandenen Wirtschaftskrise sehr schwerwiegend ist. Erst in allerletzter Zeit kam es zu spontanen Forderungen, als der Brotpreis plötzlich ganz unmotiviert um ein Vielfaches erhöht wurde. Die Arbeiter haben denn auch eine 100prozentige Lohnerhöhung durchgedrückt, so daß man sagen darf, es geht ihnen ebenso gut, oder richtiger ebenso schlecht, wie den deutschen Genossen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Korridors werden kompliziert durch einen ungeheuren Schmuggel und durch die weite Entfernung von allen Zentralbehörden, die sich in Polen und Kongreßpolen befinden. Jede Anfrage, jede Bewilligung findet dadurch erst nach geraumer Zeit ihre Erledigung, so daß sie manchmal durch die Launen inzwischen längst überholt sind. Die Polen versuchen auf jede Weise aus volutarischen Gründen die deutsche Einfuhr zu verhindern und bei der Einfuhr der notwendigen Rohmaterialien sind geradezu ungeheuerliche Abgaben zu entrichten. Neben einer Verladegebühr, die 400 Prozent beträgt, gibt es noch außerordentlich hohe Zölle. Gemäß wird das durch die polnische Baluta, die noch wesentlich schlechter als die deutsche ist, zum Teil ausgeglichen; aber diese ungeheuren Steuern verteuern doch sehr die allgemeine Lebenslage.

Die fast rein deutsche Bevölkerung hat nur den einzigen Wunsch, von Polen fortzukommen, wo der Militarismus jede freiheitliche Regierung unterdrückt und die unglückliche Finanzlage des Landes das Leben schwer erträglich macht. Selbst die halbpolnischen Kaufleute, ein sehr geschäftstüchtiger Bauernstamm, läßt sich von diesem ökonomischen Gesichtspunkt leiten und hat zum erheblichen Teil bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen für Deutschland votiert. Die polnischen Ausschubungen, die vierzehn Tage vor der Abstimmung vorgenommen wurden, haben zu dieser Abstimmung beigetragen. Der unglücklich verlaufende Krieg hat erneute und verstärkte Ausschubungen veranlaßt, aber man hat wenig Glück damit gehabt. Es ist soweit gekommen, daß in dem nördlichen Zipfel des Korridors die Ausschubungen gänzlich eingestellt werden mußten. Leider lassen sich auch Teile der Arbeiterschaft in ihrem heißen Wunsch, wieder von dem polnischen Regiment fortzukommen, häufig von den nationalistischen Strömungen mitreißen, in denen selbst berechtigte nationale Bestrebungen sehr leicht ausarten.

Unternehmerabschottung

Ueber die Vorgänge, die zur Stilllegung der Werft von Blohm & Voß in Hamburg geführt haben, berichtet das „Hamburger Echo“: „Als die Firma die Regelung der Frage der Ueberstunden vornahm, ohne eine Betriebsratsprüfung damit zu versehen, verlangte die Besatzung die Zurücknahme der Maßregel. Sie verlangte aber auch, daß ihr die verkäufte Arbeitszeit zu bezahlen sei. Während der Werft der ersten Forderung nachgab, lehnte sie die zweite ab, worauf der Arbeiter in das Hauptgebäude einstrang und die anwesenden Direktoren herunterholten; einige wurden nicht unerheblich verletzt. Die Direktoren, die nach dem Gebäude des Arbeiterrats gedrängt wurden, erklärten nunmehr, daß sie die verloren gegangene Zeit bezahlen wollten.“

Ausdehnung der Kinderpein in Belgien. Die Kinderpein hat sich weiter über ganz Belgien ausgebreitet, so daß bereits in 70 Gemeinden das Notstandsgesetz der Krankheit festgesetzt worden ist. Auch in Burgund wurde an einer Stelle die Krankheit entdeckt. Die Lage wird als sehr ernst bezeichnet. Der Transport von lebendem Vieh wurde bis zum 26. September für ganz Belgien verboten.

A. Wertheim

Leipziger Str. 2. u. 3. Stock
Möbelhaus Rosenthaler Str.

Möbel-Abteilung

Möbelhaus Oranien-Str.
König-Strasse

Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne Wohn-, Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Leder-
möbel und Polstergarnituren, einzelne Sofas, Sessel, Tische und
Stühle zu bedeutend herabge-
setzten Preisen. Die Preisermä-
gung beträgt zum größten Teil

25 - 33 1/3 %

Auf
Einzelmöbel u. Kleinmöbel 20%
in sehr großer Auswahl bis auf weiteres ein Rabatt von

Decken

Faserstoff Cretonnemuster, ca. 80 cm breit per Mtr. **8²⁵**
Schlafdecken moiriert mit Borte **58⁰⁰**
Tischdecken reich bestickt, Fantasie-Gewebe 105.00 **95⁰⁰**
Steppdecken Satin einfarbig 390.00, Satin bunt gemustert **310⁰⁰**
Diwanddecken Gobelin-gewebe, Blattmuster 385.00, pereisch gemustert **320⁰⁰**

Gardinen

Halbstores englischTüll oder Erbatüll 125.00 **90⁰⁰**
Künstler-Gardinen dreiteilig, englisch und Erbatüll 175.00 **135⁰⁰**
Bettedecken englischTüll oder Erbatüll, über 1 Bett 135.00 **105⁰⁰**
Bettedecken englischTüll oder Erbatüll, über 2 Betten 255.00 **195⁰⁰**

Läuferstoffe, Teppiche

Zellstoff-Brüsselläufer modelfarbig, mitroterKante, 68 cm breit, per Meter **18⁰⁰**
Zellstoff-Teppiche moderne Muster 300/400 cm 540.00, 250/350 cm 395.00, 200/300 cm **270⁰⁰**

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr
Ziegenrücke
Großes Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: **Die Schöne**
(10. Vorstellung, V. Abend)

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Svan
erschlossen.

Deutsches Theater
8 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke
8 1/2 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke

Schiller-Theater
8 1/2 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke

Leipzig-Theater
8 1/2 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke

Die Tänzerin
Kammerspiele

Ernantheater
8 1/2 Uhr: **Die Schöne**
Kammerstücke

Untreu
Kammerspiele

Reizhaus-Theater
Kammerspiele

Der große Erfolg
Kammerspiele

Die Rasthoffs
Kammerspiele

Der gute Ruf
Kammerspiele

Königsgrüner Straße
Kammerspiele

Geständnis
Kammerspiele

Berliner Theater
Kammerspiele

Der letzte Walzer
Kammerspiele

Kammer-Tanzspiele
Kammerspiele

Orientalisches Ballett
Kammerspiele

Neues Volkstheater
Kammerspiele

Hoffnung auf Regen
Kammerspiele

7/8 Casino-Theater
Kammerspiele

Knorp's sel. Witwe
Kammerspiele

Theater a. Kotbus Tor
Kammerspiele

Elite-Sänger
Kammerspiele

Möbel

Was Du gut und billig kaufen, mußt Du schnell zu **KRAUSE** laufen
Kastanien-Allee 40.

Trauringe

Dukatengold 900
18kar. Gold 505 gest.
5kar. Gold von 39.75 an

Alexanderstr. 14a, Kottbuser
Damm 24,
Charlottenburg, Stuttgart. Pl. 5
Schöneberg, Grunowstr. 15
Mohrenstr. 16 (am U-Bahn-
Friedrichstr.)

Weinstock G. m. b. H.
Goldwarenfabrik.

Münzen :: Briefmarken

kauft Großmann, Johannistr. 4.
Norden 106 21.

Möbel auf Bar oder Kredit

zu den billigsten Preisen und leichtesten
Bedingungen. - Interess auch auswärts.

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141
Jussardstr. 5, Eingang Kaiserstr.

Achtung! Ausschneiden!

Altmetalle
Kupfer 16. —, Messing 7. —, Zinn 45. —
Quecksilber 70. —, Rotguth 14. —, Blei
1000 Liter, Gold u. Silberbruch, Platin
Schubert, Berlin, Kammerstraße 35
am Kaiserhof-Geplauderen Tel. Humboldt 411.

Wir kaufen

Bruchgold bis 33. — p. Gramm
ed. Osmium
Platin 150. —
Quecksilber, Quecksilber, Osmium
und Wägenausstellungen

RATZLAFF u. ZIMMER
Linienstraße 93. Fernsprecher: Norden 5812

Gasfern

Gasfern, gasfest garantiert ohne
Stutzen, ohne Schneiden
Wintermatten, 20 x 20 x 2,
täglich 10 bis 4, Sonntag 10 bis 12,
Caseler, Berlin, Schlegelstr. 10, part., am Hauptbahnhof.

Herbstkleidung

Gummi-Mäntel MANETAN, herabgesetzt auf
moderfarben mit Gürtel . . . früher 790 jetzt M **590**
prima Dubelmäntel . . . früher 1450 jetzt M **900**
Paltois marengo, sehr gut verarbeitet
früher 790, jetzt M **535**
Covercoats in den neuesten Farben
früher 1000, jetzt M **825**
Hosen raschbackvoll gestreift herabgesetzt
170, 200, 230, 290, 320 und M **90**

Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. p. sehr billig!

BaerSohn
Nur eine Verkaufsstelle **Keine Filialen mehr**
Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur

Platin-Linke kauft wieder

Gebisse, Platin, Gold, Silberbruch
zu bekannt höchsten Preisen.
Blücherstr. 40, Port. II, 2.

Alte Zahngelbisse bis 3000 Mk.

John, Schubert,
Spezial-Arzt

Spezial-Behandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
G. Weber & G. Andres, Jussardstr. 147

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsjahre Berlin
Todes-Anzeige
August Hoppe

Acht! Brautleute!

Ein Dukatentrering
Jede Braut ist verpflichtet!
G. A. B. Thal, Neue Grünstraße 25

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsjahre Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Verfammling

aller in der Batterie- und Element-Industrie
beschäftigten Kollegen und Kollegen
in der Zeit der Schulferien, vom 16. bis 18. August 1920.

Metalle Eisen-Papiere

Alte Gebisse bis 3000 Mk.
Einzelne Platinzähne
Platin-Brennstifte
Kontakte usw.

Zinn rein 35. —

Gold, Silber, Platin
J. Herz
Fehrbelliner Str. 52

Parteigenossinnen Botenfrauen

Händler und Hausierer!
Die beste u. billigste Bezugsquelle
in Schnürsenkel, Mocco, Eisen-
garn u. Nähgarn ist und bleibt
Versandhaus „Mirota“ Berlin R24, Oranienburger Straße 1

Behrfräulein
Erläutige
Dampfenfortleitern
für Verkauf und Dagee sucht
Wettinod G. m. b. H.,
Goldenerfisch, Allee 10, 10

FREIE WELT

HEUTE NEU HEUTE NEU
HEFT 32 60 PFG.
DAS VERSCHROTETE VOLKVERMÖGEN
LUTZOW SPIELT GROSSE ZEIT

Internationaler Metallarbeiter-Kongress

Kopenhagen, 20. August.

In Dänemarks Hauptstadt trat heute der 8. Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes zusammen. Es ist die erste Tagung des I. M. B. nach dem Weltkrieg. Der letzte Kongress fand 1913 in Berlin statt; sieben Jahre gingen seit dieser Tagung ins Land — hinter uns liegen die schrecklichsten Jahre des Weltkrieges. Diese haben dem Bund zwar nicht zerrissen, doch stellten die Jahre des Völkermordens auch bei den Metallarbeitern jedes aktive internationale Zusammenwirken in den Hintergrund. Die organisierten Verbände wurden gelockert, und es wird eine der vornehmsten Aufgaben des jetzt in Kopenhagen tagenden Kongresses sein, die einzelnen Glieder der Metallarbeiter-Internationalen fester zusammenzuschließen, dem Bund die Wege zu zeigen zu einer aktiven Politik im proletarischen Klassenkampf. Die internationale Arbeiterklasse ist in das Stadium eines entscheidenden Ringens um die Macht eingetreten. Im Kampf gegen das Kapital, für die Verwirklichung des Sozialismus muß der Internationale Metallarbeiterbund zu einem kraftvollen reorganisierten Gliede werden.

Nicht alle Länder sind auf dem Kongress vertreten. Bebauerngherweisse fehlen die Engländer und die Italiener. Beide haben sich entschuldigt, doch bei einer solch wichtigen Tagung darf es keine Entschuldigungen geben; hier handelt es sich um Pflichten, denen sich kein Glied der Internationale entziehen kann und darf. Die russischen Delegierten werden noch erwartet, ebenso die Schweizer und Luxemburger. Das rechtzeitige Eintreffen dieser Delegierten wurde durch widrige Umstände behindert. Beteiligt sind bisher: Deutschland, Oesterreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen mit zusammen etwa 40 Delegierten.

Bei Eröffnung des Kongresses trat das Zentralkomitee des Bundes (die Landesvertrauensleute) zu einer Vorberatung zusammen. Dismann-Deutschland beantragte in dieser Besprechung u. a. Stellung zum gegenwärtigen Kampf in Samojet-Rußlands zu nehmen, das gegenüber Polen und dem hinter diesen stehenden kapitalistischen Mächten die Interessen des Proletariats verteidigt. Eine dreigliedrige Kommission soll dem Kongress eine Entschliessung vorbereiten.

Der Vorsitzende des Dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes, Hansen-Kopenhagen, eröffnete den Kongress mit einer herzlichsten Begrüßungsrede.

Kopenhagen, 21. August.

Der zweite Sitzungstag begann mit dem Bericht der Mandatverteilungskommission. Aus 11 Ländern sind 40 Delegierte anwesend. Dessen unter 16 Organisationen, deren Mitgliederzahl am Jahresende 1919 etwa 2 1/2 Millionen, gegenwärtig aber bereits 3 Millionen beträgt. Unter Berücksichtigung der Organisationen derjenigen Länder, die als Bundesmitglieder auf dem diesjährigen Kongress nicht vertreten sind, zählt der Internationale Metallarbeiterbund heute 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Hansen-Kopenhagen teilt dem Kongress mit, daß den russischen Delegierten die Einreiseverweigerung der russischen Regierungen Norwegen — Dänemark verweigert wurde.

Solan-Belgien (Vizepräsident des Kongresses) behauptet, daß die russischen Delegierten am Erscheinen verhindert seien. Dismann-Deutschland erklärt, daß es mit einem Ausdruck des Bedauerns sein Besten nicht haben könne. Der Kongress müsse dazu Stellung nehmen, nachdem die Landesvertrauensleute geprüft, inwieweit noch weitere Schritte möglich, um die Einreiseverweigerung doch noch zu erzwingen.

Nach einer längeren Debatte, an der sich Hansen-Kopenhagen, Stein-Wien, Solan-Belgien, Schilde-Deutschland, Kummer-Deutschland und Dismann beteiligten, wurde mit 18 gegen 13 Stimmen ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der Vorsitzende betont, daß der Kongress sein Bestes bedauern über das Fernbleiben der russischen Delegierten beklagt.

Sodann ergänzt der Sekretär des Bundes, Schilde-Deutschland, den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht durch mündlichen Vortrag. Nach dem letzten Kongress vollzog eine der nordamerikanischen Metallarbeiterorganisationen ihren Anschluß an den I. M. B. Diese Verbindung ging wieder verloren. Neue Organisationen sind dem Bunde beigetreten aus der Tschechoslowakei, Polen und Luxemburg. Wir haben zu prüfen, inwieweit die Beziehungen des letzten Kongresses (1913) den heutigen Verhältnissen noch entsprechen. Der Krieg behinderte einen engeren Verkehr mit den einzelnen Gliedern des Bundes, nur mit der Hilfe der Kollegen aus neutralen Ländern, war eine teilweise indirekte Verbindung möglich. Redner bespricht weiter die „Internationale Metallarbeiter-Rundschau“, die Berichtsfrage und hebt hervor, daß der Zusammenritt dieses Kongresses wiederholt wegen Behinderung der Delegierten einzelner Länder verschoben werden mußte.

In der Nachmittagsitzung wurde in die Diskussion über den Bericht des internationalen Sekretärs des Bundes eingetreten. Der Belgier Ecklers hat an dem Bericht nichts auszuweisen, nimmt nur die Engländer gegen den Vorwurf

in Schutz, als hätten sie an internationaler Solidarität zu wünschen übrig gelassen. Er weist darauf hin, daß seit der Kriegszeit die englischen Kameraden ihnen viele Gemalte Kameradschaftlichen Geistes gegeben haben und daß eine starke Wandlung im Sinne eines neuen Geistes sich dort vollzieht.

Dismann-Deutschland unterzieht die Tätigkeit des Bundes in den vergangenen sieben Jahren heftiger Kritik. Und wenn man heute nach all diesen Geschehnissen sich zum ersten Male wieder international zusammenfinde, sei es Pflicht, dieses Versagen des Bundes festzustellen und nach den Ursachen zu forschen. Ursache, die nicht lediglich in einer Periode, sondern in den gesamten Verhältnissen zu suchen sind. Auch im begrenzten Rahmen des Status sei es möglich gewesen, mehr zu tun als geschehen. Es müsse aber festgestellt werden, daß sogar eine weitere Lockerung der Beziehungen diesmal eingetreten, daß eine bereits abgeschlossene gewesene nordamerikanische Organisation wieder verschwunden sei, auch die Engländer und Italiener, die sonst immer vertreten waren, fehlen. Angesichts der gegenwärtigen Weltlage, die des Schwerkrieges auf England und Amerika gelegt hat, müssen wir Wert darauf legen, die Metallarbeiter dieser Länder bei uns zu haben.

Aber nicht nur im Weltkrieg selbst, sondern ganz besonders auch in der Zeit seit Ausbruch der Revolution habe der Bund versagt. Selbst die „Internationale Metallarbeiter-Rundschau“, als einziges, wenn auch ziemlich primitives internationales Organ des Bundes, sei in dieser Zeit eingegangen. Nichts sei geschehen zur gegenseitigen Information über die gemachten Umdrehungen, die sich inzwischen in den verschiedenen Ländern vollzogen. In diesem Stadium sozialer Umdrehungen aber könnten es nicht nur mehr rein gewerkschaftliche Aufgaben sein, sondern die Metallarbeiter-Internationalen müsse in den Kreis ihrer Tätigkeit den Kampf um Beseitigung des Kapitalismus, die Aufrichtung einer neuen Ordnung anstreben. Darum müsse in Zukunft der Internationale Metallarbeiterverband in anderer Weise aufgebaut werden.

Schließlich verlangt Dismann noch die Verlesung des Briefes der Engländer an den Kongress und erbittet Aufklärung darüber, was geschehen, um die so notwendige engere Verbindung mit den Russen herbeizuführen.

Schilde erwidert, daß die internationalen Beziehungen deswegen außerordentlich erschwert worden seien, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, nur in den Besitz von Adressen der noch nicht angeschlossenen Organisationen zu gelangen. Schlapnikoff habe bei seinem Aufenthalt in Deutschland keine Veranlassung genommen, mit ihm als internationalen Sekretär in Verbindung zu nehmen; nur durch ein Telegramm von Berlin habe er seiner Empörung über die Verlesung des Kongresses Ausdruck gegeben, die durch den Antrag der Engländer veranlaßt worden war.

Wenn Dismann meine, daß die Internationale verlagert habe, so liegt dies an der Schweremöglichkeit ihrer Glieder, dies könne durch keinen Kongressbeschluss geändert werden. Wollte man die Basis des Bundes und des internationalen Sekretariats verschieben, so greife man in den Streit der Meinungen ein und das müsse vermieden werden. Er verliest dann den Brief der Engländer, die ihre Abwesenheit mit wichtigen Kongresshandlungen über die Stellung der englischen Arbeiter zur Lage in Polen und Rußland, eine Verlesung des Kongresses auf 1921 beantragen und ferner um die Verlegung des internationalen Sekretariats von Deutschland nach einem anderen Lande ersuchen.

Betriebsräte

Für die selbständige Betriebsräteorganisation

Am Sonnabend, den 21. August, fand im Alken Astanier, Anhaltstraße 11, eine Vollversammlung der Betriebsräte, Obleute und Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Berlin der „Deutschen Filmgewerkschaft“ statt. Zu dieser Versammlung waren Referenten beider Richtungen der Betriebsräteorganisation geladen. Von der Betriebsrätezentrale Mühlstr. war der Genosse Stoll, von der Richtung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war trotz Zusage niemand erschienen. Genosse Stoll brachte in seinem Referat die Bedeutung sowie die Pflichten der Betriebsräte trefflich zum Ausdruck und gab klar zu erkennen, daß nur die Zentrale die Zusammenfassung aller Betriebsräte ohne Unterschied der Parteirichtung zum Wohl der allgemeinen Arbeiterschaft führen könnte. In der Diskussion, die nach dem Referat des Genossen Stoll einsetzte, wurde einzig und allein immer darauf Bezug genommen, die Betriebs- und Arbeiterräte zu zentralisieren und gelangte zum Schluß folgende Resolution des Kollegen Dr. Czempin zur Abstimmung, welche einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung der Betriebsräte, Obleute und Funktionäre der Deutschen Filmgewerkschaft“, Ortsgruppe Groß-Berlin, ist der Auffassung, daß die Richtlinien der provisorischen Betriebsrätezentrale die einzig maßgebenden für sie sind und beauftragt ihre Vertreter in der Berliner Gewerkschaftskommission diese Auffassung nachdrücklich zu vertreten.“

Nach Erledigung dieses Punktes gelangte ein Antrag des Kollegen Bieber und Genossen zur Annahme folgenden Inhalts: „Unter dem Deckmantel der Neutralität rüstet die deutsche reaktio-

näre Regierung in Gemeinschaft mit der internationalen Komintern zum Kampf gegen die russischen Arbeiter und Bauern und zum Kampf gegen die deutsche Revolution, um ein dorthin Deutschland auszurufen. Die am 21. 8. 20 versammelten Betriebsräte und Funktionäre der Filmindustrie Groß-Berlins sind sich der Gefahr bewußt, die dem deutschen Proletariat droht. Sie beantragen, eine Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit der Ortsleitung Groß-Berlins die technische Vorbereitung zu einer Vollversammlung der gesamten Arbeiter und Angehörigen der Filmindustrie Groß-Berlins zu treffen hat zur Wahl von politischen Arbeiterräten, die das Mach- und Kampfforgan des Proletariats im Kampf für die Revolution sind.“

Achtung, Betriebsräte

Berichtigung.

Die Gruppenversammlung der Seifebinder- und Textilindustrie findet nicht am Donnerstag, 26. August, sondern am Freitag, 27. August, abends 8 Uhr, in der Schulaula, Steinstraße 21-24 statt.

Die Gruppenversammlung für Banken und Handel findet nicht am Freitag, 27. August, am Donnerstag, 26. August, abends 8 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 15 statt.

Die Versammlung der Chemischen Industrie findet nicht in der Schulaula Steinstraße 21-24, sondern am Dienstag, 31. August, 8 Uhr abends, in der Schulaula, Gipsstraße 23 a, statt.

Wasserwerke, Kanalisation gehören nicht zur chemischen Industrie, sondern zum Verkehr, Untergruppe 7.

Sämtliche Untergruppenversammlungen werden ersucht, Diskontrollen zu stellen. Zutritt haben nur diejenigen Betriebsräte, welche im Besitze der Anweisung der Vereinten Zentrale der Betriebsräte sind.

Der gesunde Vorstand der Arbeiter und Angestellten der Ostam-Glühlampen-Fabrik „S“ Charlottenburg, Helmhöfstr. 4-8, hat abermals bei der am 21. August erfolgten neuen Betriebsratswahl über den „gelben Unverstand“ und „deutschnationales Geschick“ den Sieg davongetragen. Haben antisemitische Übergebe in schändlicher Weise und durch allerhand Winkelzüge es vermocht, die erste Betriebsratswahl umzuköhen, so ist die klassebewußte Selbstschaffung dieser Hintermänner die Antwort nicht schuldig geblieben. Es entfielen bei zusammenfassender Wahl der Arbeiter und Angestellten auf die freigewerkschaftliche Liste 2332, auf die gelbe Liste 344 Stimmen. Das bedeutet gegenüber der ersten Wahl für die freigewerkschaftliche Liste einen Zugang, für die „Gelben“ einen Verlust von 124 Stimmen. Die Betriebsratswahl hat sich hier in schönster Weise bewährt. Das nächste Mal muß der „gelbe Unrat“ vollständig ausgefegt werden.

Gewerkschaftliches

Die gesprengte Funktionärerversammlung

In Nr. 339 der „Freiheit“ veröffentlichten wir einen Bericht über eine Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Angestellten. Von einer größeren Anzahl in der Versammlung anwesend gewesenen und nicht anwesend gewesener Geschäftsführer und Sekretäre des Verbandes geht uns daraufhin ein Schreiben zu, das von einer durchaus tendenziösen Darstellung des Vorgeschehenen handelt. Es wird aber in dem Schreiben gar nicht einmal der Versuch gemacht, eine andere Darstellung zu geben. Als Entschuldigung für die Versammlungsleitung wird angeführt, daß „eine kleine Gruppe durch immer wiederkehrende Geschäftsordnungsdebatten befristet war, eine persönliche (?) Angelegenheit zu behandeln, die bereits die zuständigen (?) Angelegenheiten des Verbandes durchlaufen hat, und daß durch dieses Verhalten praktisch die Tätigkeit der Organisation gestört und der Geschäftsleitung wie den Sekretären die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Gesamtmitgliedschaft erheblich erschwert wird.“

Wir finden in diesem Rechtfertigungsversuchen bedauerlicherweise den sogenannten Bonaengest, den wir bei einigen der Unterzeichner wenigstens nicht mehr vermutet hätten. Weil die Angelegenheit bereits die zuständigen Verbandsinstanzen durchlaufen hat, soll sie erledigt sein. Die Mitglieder resp. die vertretenden Funktionäre, Vertrauensleute und Delegierte, haben da nichts mehr zu sagen. O nein, die Zeiten, wo sich die Mitglieder von den „Instanzen“ am Gürtelband führen ließen, sind wohl vorbei. Ein ganz klein bißchen wollen sie doch noch mitbestimmen. Das mögen sich die „Instanzen“ im J. d. A. auch gegnert sein lassen.

Wir wissen uns frei davon, in dem Streit, der die Ursache zu den unliebamen Vorkommnissen ist, einseitig Partei zu ergreifen. Das berechtigt uns aber gerade, die Fehler, die von der einen oder anderen Seite gemacht werden, zu heheln. Da es sehr bedauerlich ist, daß herartig unliebame Kämpfe innerhalb einer Organisation ausgefochten werden, halten wir es für angebracht, besonders scharf noch einmal zu betonen, daß diese Gegensätze durch eine solche ungeschickte Geschäftsleitung wie sie von dem Genossen

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

42] Und in diesem Augenblicke möchte ich mir einen furchtbaren Schmerz zufügen, so, daß ich, mich in Qualen windend, alles vergesse, aber doch so, daß das Leben in mir noch weiter glimmt, daß ich nicht zu schnell sterbe, denn die Leiden, als eine rauhe Strafe, müssen von langer Dauer und qualvoll sein. . . . Und dann lehne ich mich an die Wand und schlage aus voller Kraft gegen die Mauer. Unstimm, denke ich, das tut ja gar nicht einmal so weh! Wird es aber um ein Jota die Leiden des kleinen Bowa erleichtern?

Auch der Gedanke an Selbstmord kam mir in den Sinn. Ich fürchtete mich nicht vor dem Tode, für mich ist er nicht etwas Unabänderliches, Schreckliches, aber gibt denn der Selbstmord eine Lösung der Frage? Überall habe ich Leiden geschaffen, habe so viele Menschenleben ins Unglück gestürzt, die Seelen vieler habe ich verunstaltet, ihr Leben in eine ausganglose Sackgasse geführt; meine Opfer würden sich in Qualen, erhoben in unwillkürlichem Fluch die Hände gegen mich. . . . Ich werde einfach aus dem Leben gehen. . . . was gibt es denn Leichteres? Feige Niederträchtigkeit. . . .

Es ist späte Nacht. Die Kammer des Hausknechtes wird von einer kleinen Petroleumlampe erleuchtet. Das gelbliche, flackernde Licht wirft auf Bowa's Gesicht einen totentblässenen Schein. Er phantasiert. In ihm dancben und sehe mich zu weilen gezwungen, ihn mit aller Gewalt unter der Decke zu halten. Dazwischen kommt er einen Augenblick zu sich, öffnet weit die Augenlein und sieht lange, forschend in mein Gesicht, scheint mich zu erkennen und lächelt freudig. . . .

„Lieb Väterchen, wann wird denn Mama wiederkommen?“

„Mama? . . . Mama. . . . sagst du?“ . . . zögere ich verlegen, um eine passende Antwort zu finden.

„Sind denn die ganze Zeit die Wege mit Schnee verweht, Väterchen?“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

„Ja, ich entsetze mich jetzt, daß ich ihm erzählt habe,“

Sonne. . . Draußen aber wütel der Sturmwind. Mein

Verstand wird trübe und die letzten Funken meiner erlaltenden Hoffnungen verlöschen. . . .

Heute ist der Arzt, mein Freund, gekommen. Lange Zeit

befah und befühlte er Bowa von allen Seiten. Er roch die

dampfe, von Rauch durchdrungene Luft in der Stube und

sagte in halb bejahendem, halb fragendem Tone:

„Ist es denn ratsam, den Jungen hier zu halten?“

„Wir haben keinen anderen geeigneten Raum, Doktor.“

Er grüßte die Ähseln und sagt, zur Tür gehend, indem er

meine Hand fest drückte:

„Du Alter, mußt den Kopf nicht hängen lassen! Meine

lateinische Küche kann hier leider nicht helfen!“

Und was ist mir auch der Arzt? Bloß ein Meinwahnen

des Gewissens, ein Selbstbetrug. Als ob ich nicht selbst

wüßte, woran mein Kind stirbt? Weiß ich denn nicht, daß

er Wärme, daß er Nahrung braucht? Aber wo soll ich dies

bloß herschaffen?

Ich liegt jetzt die ganze Zeit bewußlos, er phantasiert end-

los und köhnt zuweilen so erbärmlich, so herzerweichend. . . .

Dieses Stöhnen kann ich nicht anhören. Wie wahnsinnig

bedrückt ich aus dem Hause und irre in den mit Schnee be-

deckten Straßen der Riesenschicht umher. Zuweilen sind die

Straßen sehr belebt, die Menschen rennen hin und her, sind

alle fast ebenso schäbig gekleidet wie ich. Alle Köpfe sind

tief gesenkt, auf den abgemagerten Gesichtern sehe ich den

gleichen Hungergedanken.

Und zuweilen dünkt es mich, als müßten sie plötzlich alle

stehen bleiben, ihre abgemagerten Hälse austrocknen, weit die

Münder aufsperrten und heulen, heulen. . . . das schreckliche,

hungrige Geseuz eines verendenden Tieres anstimmen. . . .

Es kommt mir der Gedanke: sollte ich nicht betteln gehen?

Was ist denn dabei? Stolz, Erniedrigung. Aber das sind ja

alles bloß dumme, menschliche Begriffe, was scheid ich mich

darum, wenn mein Bowa stirbt? Bowa ein fröhlicher, ein

liebender Mensch, geht vor meinen Augen zugrunde. . . .

Ich bestärkte mich in diesem Gedanken. Wenn mir ein

Reicher begegnen sollte, so wird er doch Mitleid empfinden,

wird er sich doch meiner grauen Haare erbarmen? Er muß

es doch verstehen, daß Bowa vor Hunger stirbt, . . . er wird

geben, wie kann er denn nicht geben? . . .

(Fortsetzung folgt.)

